

Justiz-Affäre um Ex-Richter Staatsanwalt prüft Akten

Die peinliche Justiz-Affäre um Ex-Landgerichtspräsident Roland Makowka und seine Tochter: Jetzt will die Staats-

wurde nach Bremen abgegeben, wo der Name Makowka keinen Klang hat. Die Firmenchefs wurden milde verurteilt, legten Revision ein. Barbara Makowka wurde nie vernommen. Obwohl sie für die mutmaßlichen Kriminellen gearbeitet hatte, wurde auch nicht wegen Beihilfe-Verdachts ermittelt.



Ex-Landgerichtspräsident Roland Makowka

anwaltschaft doch noch einmal in die Akten sehen. Um „dienstaufsichtsrechtliche Relevanz“ zu prüfen. Ob das genügt?

Begründung der Ankläger, die sonst genauestens auch kleine Sünder verfolgen: „Der Pressewirbel...“
Der Fall: Das Betrugsdezernat der Kripo ermittelte gegen eine Finanz-Firma, in der die Tochter des Gerichtspräsidenten arbeitete. Staatsanwältin Korth (für den Fall nicht zuständig) soll sich nach dem Stand der Dinge erkundigt haben. Begründung: Sie sei mit Herrn Makowka privat bekannt. Auskunft: Haussuchungen stünden bevor. Die Tochter des Gerichtspräsidenten kündigte.

Die Vorwürfe gegen Staatsanwältin Korth wurden von der Staatsanwaltschaft in vier Wochen eingestellt. Rekordzeit! Jetzt werden die Akten angeblich noch einmal geprüft. Kenner sagen: von Staatsanwalt Thewes. Er hatte das Verfahren schon einmal eingestellt!

Staatsanwältin Korth, die Makowka-Bekannte, gab gestern eine „dienstliche Stellungnahme“ ab. Obwohl sie niemand dazu aufgefordert hatte.

Seitens: Das Strafverfahren

fm/pau

30. April / 1. Mai 1997 „BILD“

Der Fall Makowka: Vorwurf wird geklärt

Staatsanwaltschaft leitet erste Schritte ein

Zur Klärung der Vorwürfe gegen Staatsanwältin Barbara Korth, sie habe geheime Informationen zu privaten Zwecken mißbraucht, sind erste Schritte eingeleitet worden. „Frau Korth hat von sich aus eine dienstliche Stellungnahme abgegeben, außerdem haben wir die Ermittlungsakten der in den Fall involvierten Firma beim Bundesgerichtshof angefordert“, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Rüdiger Bagger.

Der Fall: Die Hamburger Kripo ermittelte 1995 gegen die Firma Hateko wegen betrügerischen Warenterminhandels. In der Firma arbeitete damals Barbara Makowka, Tochter des damaligen Landgerichtspräsidenten Roland Makowka, als Börsen-Spezialistin. Der Kripo-Beamte Thomas Wüppesahl wirft der Staatsanwältin vor, sie habe sich am 19. Mai 1995 unberechtigt bei der Kripo über Hateko erkundigt und erfahren, daß gegen die Firma ermittelt werde und zudem Durchsuchungen geplant seien.

Kurz darauf habe Barbara Makowka, die zudem mit dem Firmeninhaber zusammengelebt habe, bei Hateko gekündigt. Durchsuchungen der Firmenräume im November 1995 seien ergebnislos verlaufen.

Wüppesahl erstattete Anzeige, die Dienststelle „Interne Ermittlungen“ ermittelte, die Staatsanwaltschaft stellte den Fall ein. Wüppesahl schrieb an den Senat, verlangte, daß der Fall erneut geprüft werde – am besten von auswärtigen Dienststellen. Nicht

einmal die von ihm genannten Zeugen seien gehört worden, sagte er.

Die Hateko-Drahtzieher wurden später in Bremen verurteilt, sie gingen in Revision. Deshalb liegen die Akten derzeit beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe. „Uns ist zugesagt worden, daß wir die Akten für die Aufklärung der Vorwürfe kurzfristig bekommen können“, sagte Bagger. Dann sollen zunächst einmal die zeitlichen Abläufe geklärt werden, zum Beispiel, ob die Kündigung von Barbara Makowka bei Hateko tatsächlich kurz nach dem Anruf der Staatsanwältin erfolgt sei. Bagger: „Wir prüfen zügig, gründlich, aber mit aller Gelassenheit.“ Die Entscheidung, ob Zeugen gehört werden, falle erst später.

Staatsanwältin Korth wurde in der Zwischenzeit zur Leiterin des Sachgebietes Beamtendeckelte befördert. Und ihren Fall bearbeitet nach Abendblatt-Informationen Oberstaatsanwalt Thewes, der den Fall schon damals eingestellt hatte. Gegen Barbara Makowka wurde in Zusammenhang mit Hateko nie ermittelt.

Die Justizbehörde wollte sich zu Einzelheiten wegen der laufenden Ermittlungen nicht äußern. Das Schreiben von Wüppesahl sei eingegangen und an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden. „Senator Wolfgang Hoffmann-Riem erwartet, daß ihm alsbald ein Zwischenbericht über den Stand des Verfahrens gegeben wird“, sagte seine Sprecherin Sabine Westfalen. au

30. April / 1. Mai 1997

„Hamburger Abendblatt“